

Nationale Armutskonferenz

Carmen Mauerer, Jürgen Schneider, Erhard Beckers, Michael David
(Koordination)

Kontakt:

armutskonferenz@diakonie.de

www.nationale-armutskonferenz.de

Positionspapier

Berlin, 20. Oktober 2022

Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz (nak)

Menschenwürdiges Auskommen statt Naturalien!

Der Staat darf die Verantwortung für die Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums nicht länger auf Tafeln u.a. verschieben!

„Viele wissen nicht, wie es Menschen in Armut gerade geht.“

„Wir Armutsbetroffene wollen auch nicht immer von den Tafeln abhängig sein. Man muss essen, was man kriegt. Vorlieben, Abneigungen und vor allem krankheitsbedingte spezielle Ernährung kann man nicht berücksichtigen.“

„Aber noch viel weniger wissen, was es heißt von der Gnade eines Wohltätigkeitsgebers abhängig zu sein.“

*(Stimmen von Menschen mit Armutserfahrung/Expert*innen in eigener Sache)*

Beobachtung:

Die durch den Ukrainekrieg in Gang gesetzte Preissteigerungsspirale für Gas und Strom ist bisher einmalig. Alle Haushalte, alle Einrichtungen und alle Unternehmen, Handwerker usw. sind davon betroffen. Es ist von einer Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Gasabschläge sowie einer Steigerung der Gaspreise von über 40 Prozent auszugehen. Hinzu kommen die massiven Preissteigerungen bei den Lebensmitteln. Das Leben wird für Haushalte mit geringem und auch mittlerem Einkommen schlichtweg zu teuer.

Von einem auf den anderen Tag ca. 100 bis 300 Euro im Monat mehr zahlen zu müssen und dies „unverschuldet“ und nicht durch einen erhöhten Verbrauch oder eine Veränderung der Lebenssituation, ängstigt und lässt nach Auswegen suchen.

Energie sparen und das eigene Verhalten zu prüfen, ist sicherlich sinnvoll, doch ist dies nicht die Lösung für zu wenig Geld.

Die Inanspruchnahme von Tafeln und Lebensmittelausgaben war und ist ebenfalls für einige Menschen, eine Möglichkeit finanzielle Mittel einzusparen und finanziell „besser“ über die Runden zu kommen.

Jobcenter und Sozialämter verweisen Leistungsberechtigte häufig an die Tafeln, wenn Anträge nicht oder noch nicht bewilligt sind und geben bereitwillig Bescheinigungen zur Nutzung aus.

Die Tafeln klagen über zu wenig Lebensmittel und zu viele Menschen, die Lebensmittel erhalten möchten. Zu wenig Lebensmittel, da der Einzelhandel andere Konzepte fährt, um Lebensmittel nicht vernichten zu müssen und andere Vereine und Initiativen ebenfalls auf dem „Markt“ der Lebensmittelverwertung unterwegs sind.

Die Annahme in der Politik, dass die Lebensmittelausgaben und Tafeln ein Baustein bei der Bekämpfung von Armut sind und aus diesem Grund gefördert werden müssen, verstetigt sich.

Bewertung:

Die Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG) ist ureigene Aufgabe des Staates.

Der Staat hat laut Bundesverfassungsgericht sicherzustellen, dass jedem Hilfebedürftigem diejenigen materiellen Voraussetzungen zur Verfügung stehen, die für seine / ihre physische Existenz und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Es ist unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat.¹

Diese 2010 getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zeigt auf, welche Verantwortung der Staat den Bürger:innen gegenüber hat. Es verbietet sich demnach, die Verantwortung für die Sicherstellung des Existenzminimums zu verlagern oder zu verschieben.

Lebensmittel, Kleidung, Energie, Wohnen, Mobilität, Gesundheit sind grundlegend für das Leben eines Menschen. Ein Verweis auf Initiativen und hier auf Tafeln und Lebensmittelausgaben zur Deckung des täglichen Bedarfs steht nicht im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht.

Einmalzahlungen oder andere Maßnahmen der Entlastungspakete sind eine Maßnahme, allerdings nicht ausreichend im Kontext der Verfassung.

Forderungen:

Der Staat muss der Verantwortung aus dem Grundgesetz nachkommen. Die Verschiebung auf andere gesellschaftliche Akteure ist zu unterlassen.

Lebensmittelausgaben und Tafeln sind keine Instrumente der Armutsbekämpfung. Die Tafeln sind keine Sozialleistungsträger, sondern dienen der Verhinderung von Lebensmittelverschwendung. Deshalb sollten finanzielle Unterstützungen aus den Bundes- und Landeshaushalten der Umwelt-/Klima-/oder Agrarministerien geleistet werden.

¹ BVerfG 9.2.2010 – 1 BvL 1/09 ua, Rn.136

Für die Ermittlung eines angemessenen und realistischen Regelsatzes ist die gesetzliche Grundlage für die Feststellung der Bedarfe zu verändern.

Ebenfalls ist über eine Gesetzesänderung, die gegebenenfalls notwendige unterjährige Anpassung der Regelsätze an die Inflation sicherzustellen.

Um die Härten durch die Strom- und Lebensmittelpreise abzufangen, hat eine sofortige Erhöhung des Regelsatzes in Höhe der Preissteigerung zu erfolgen.

Kontakt: armutskonferenz@diakonie.de ; Tel. 030 – 6 52 11 – 16 36

Die **Nationale Armutskonferenz (nak)** ist ein Bündnis von Organisationen, Verbänden und Initiativen, die sich für eine aktive Politik der Armutsbekämpfung einsetzen. Sie wurde im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks EAPN (European Anti Poverty Network) gegründet. Neben Verbänden wirken in der nak auch Menschen mit Armutserfahrung bzw. Selbsthilfeorganisationen mit, die ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen und ihre Lösungsansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzeigen.

Mitgliedsorganisationen: AG Schuldnerberatung der Verbände; Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.; Armutsnetzwerk e.V.; AWO Bundesverband e.V.; Bahnhofsmision Deutschland e.V.; BAG der Landesseniorenvertretungen; BAG Schuldnerberatung e.V.; BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit; BAG Wohnungslosenhilfe; BBI – Bundesbetroffenerinitiative wohnungsloser Menschen; Bundesverband Kulturloge e.V.; Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH), Deutscher Bundesjugendring; Deutscher Caritasverband e.V.; Deutscher Gewerkschaftsbund; Diakonie Deutschland; Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.; Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (IFF); Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.; Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg; Landesarmutskonferenz Niedersachsen, Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz; Selbstvertretung Wohnungsloser Menschen e.V., Tafel Deutschland e.V.; Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V.; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland